

Zeitung für den Barnim

Offene Worte

Jeden
Tag neu.

Online
Nr. 765

30. Sept 26
36. Jahrg.

Die Linke

Barnim

Schwangerschaftsabbruch raus aus dem Strafgesetzbuch, rein in die Gesundheitsversorgung

Schwangerschaftsabbrüche sind in Deutschland immer noch im Strafgesetzbuch geregelt. Der Safe Abortion Day am 28. September hatte das zum Thema.

Am 28. September war der internationale „Safe Abortion Day“. Ein Tag, der erstmals 1990 in Südamerika begangen wurde. Das Thema hat auch in Deutschland nichts an seiner Dringlichkeit verloren. Hierzulande ist der Schwangerschaftsabbruch seit 1871 im § 218 des Strafgesetzbuches geregelt. Auch, wenn heute die so genannte „Fristenlösung“ gilt, bleibt der Schwangerschaftsabbruch ein Straftatbestand. Das bedeutet: Bis zur 12. Woche bleibt ein Abbruch dann straffrei, wenn man zuvor eine Beratungsleistung in Anspruch genommen hat.

Diese Regelung bedeutet auch, dass das Thema weiter stigmatisiert bleibt. So erklärt Heidi Reichinnek, Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Bundestag, auf Instagram, dass in der ELSA-Studie von 2025 zwar 92 Prozent der Frauen, die sich für einen Schwangerschaftsabbruch entschieden haben, auch hinterher sicher waren, die richtige Entscheidung getroffen zu haben. Aber 80 Prozent hatten Angst, wie ihr Umfeld darauf reagiert. Diese Angst wird gesellschaftlich aufgebaut. Die



Heidi Reichinnek, Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Bundestag

Studie ist im übrigen auf der Homepage des Bundesgesundheitsministeriums veröffentlicht.

Reichinnek sagt: „Es ist 2026 und wir müssen immer noch dafür kämpfen, dass der § 218 endlich gestri-

chen wird. Weil wir in Bezug auf die körperliche Selbstbestimmung keinen Schritt weiter gekommen sind.“

Die Konsequenzen sind auch noch andere: In Deutschland gehören Schwangerschaftsabbrüche nicht verpflichtend zur Ausbildung, wenn man Gynäkolog:in werden will. Man bildet sich bei Interesse in der Regel selbst weiter, oft auch im Ehrenamt.

Schwangerschaftsabbrüche wird es immer geben, egal, aus welchen Gründen. Die Frage ist nur, wie sicher sie für die Betroffenen sind. Für Die Linke ist klar: Schwangerschaftsabbrüche müssen Teil der Gesundheitsversorgung sein. Sie gehören nicht ins Strafrecht. Deshalb kämpft Die Linke für eine verpflichtende Ausbildung, für eine Kostenübernahme durch die Krankenversicherung.

In einem Flächenland wie Brandenburg braucht es außerdem eine wohnortnahe Versorgung. 2025 gab es hier 3.175 Schwangerschaftsabbrüche. 96,5 Prozent erfolgten nach der Beratungsregelung. (Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg). bc

nächste Online-Ausgabe am 1. Oktober

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der Barnimer Linken & Kreistagsfraktion der Linken, ViSdP: Dominik Rabe.
Kontakt: Die Linke Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon: 03334-385488
E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de
Spendenkonto Offene Worte (Druckkosten): DIE LINKE Barnim, IBAN: DE33 1705 2000 3120 051429
Verwendungszweck: Spende OW.